

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

die FRANKFURTER ALLGEMEINE fragt heute: "Wie kann man den islamistischen Terror wirksam bekämpfen?", und führt aus: „Es ist unverständlich, warum jahrelang Kolonnen schwerbeladener Tanklaster aus vom 'IS' eroberten Gebieten unbehelligt in die Türkei und andere Nachbarländer fahren, um tags drauf wieder zurückzukehren. Warum wurden zahlreiche Fahrzeuge erst nach den Terrorangriffen auf Paris zerstört?“

Kriegsministerin Ursula von der Leyen erklärte im Deutschlandfunk mit Blick auf eine mögliche Kooperation mit der syrischen Armee und dem Präsidenten Baschar Al-Assad: »Verantwortliche, an deren Händen Blut klebt, werden wir nicht in einer gemeinsamen Zusammenarbeit haben.« Bleibt die Frage, warum diese Maxime nicht für US-Drohnenkriegsführer Barack Obama und den türkischen Kurdenjäger Recep Tayyip Erdogan gilt? Die deutschen Militärmaschinen zur »Aufklärung« des Zielgebiets starten jeweils vom türkischen Incirlik aus. Von demselben Stützpunkt aus fliegt der NATO-Partner Türkei seine Angriffe auf Stellungen der kurdischen Guerilla, die am Boden erfolgreich gegen den IS kämpfen ...

Gestern hat das britische Parlament Kriegseinsätzen in Syrien zugestimmt, und heute fliegen bereits die ersten britischen Kampfflugzeuge, was werden ihre Ziele sein?

Die aus den verheerenden Folgen des Zweiten Weltkrieges mit 60 Millionen Toten hervorgegangenen internationalen Regelungen der UNO zum Ausschluss der Kriegsmittel werden Schritt für Schritt durchlöchert und dem Verfall preisgegeben, jetzt durch die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Blitzbeschluss zum Krieg gegen den Terror in Syrien.

In einem Musterbrief an die Bundestagsabgeordneten von Clemens Ronnefeldt heißt es:

### **Verstoß gegen das Völkerrecht**

Ein Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ wäre ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Bisher hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen keine eindeutige Erlaubnis erteilt, die einen solchen Einsatz legitimieren würde. Auch die Berufung auf den Artikel 42 des EU-Vertrages, in dem einem Mitgliedstaat für den Fall eines Angriffes Beistand zugesagt wird, reicht zur Legitimation nicht aus. Schon gar nicht ersetzt sie ein Mandat des UN-Sicherheitsrates. Denn EU-Recht kann keinesfalls höher stehen als das Völkerrecht.

### **Krieg löst die Probleme nicht**

Die Probleme im Nahen und Mittleren Osten werden durch militärische Gewalt nicht gelöst, sondern verschlimmert. Das zeigt die jüngste Geschichte: Die Militärinterventionen in Afghanistan, im Irak und in Libyen z.B. haben nicht wie versprochen zur Stabilisierung dieser Länder, sondern zu mehr Chaos geführt. Der von den USA ausgerufene „Krieg gegen den Terror“ hat nicht einen Niedergang terroristischer Aktionen, sondern im Gegenteil deren Ausweitung bewirkt.

Norman Paech, emeritierter Professor für Völkerrecht sagt auf die Frage, „Aber ist es nicht richtig, dass hinter all diesen Attentaten der IS als steuernde und ideologisch prägende Kraft steht?“, Das mag stimmen, reicht aber nicht aus, daraus ein Selbstverteidigungsrecht unter Einsatz des Militärs im Sinne von Artikel 51 UN-Charta zu konstruieren. Voraussetzung für einen solchen Militäreinsatz ist erstens ein entsprechender

UN-Beschluss des Sicherheitsrats über einen friedens-stiftenden Einsatz und zweitens ein Beschluss des Bundestages.

Die Bundesregierung will 1.200 deutsche Soldaten völkerrechtswidrig in den »Krieg gegen den Terror« nach Syrien schicken. Die neo-konservativen Kriegsbefürworter in den USA denken schon an dessen Ausweitung. 20.000 Soldaten sollten im Irak und in Syrien einmarschieren, forderten die Republikanischen Senatoren John McCain und Lindsey Graham am Wochenende.

Zu diesen dramatischen Zuspitzungen der Kriegstreiberei hat sich der Bundesausschuss Friedensratschlag an die Presse gewandt, das Friedensbündnis Karlsruhe schließt sich dieser Stellungnahme an:

Anlässlich der Ankündigung der Bundesregierung militärisch in den Anti-Terrorkrieg gegen den „Islamischen Staat“ (IS) eingreifen zu wollen, erklärt der Bundesausschuss Friedensratschlag, dem sich das Friedensbündnis Karlsruhe anschließt:

Die Ankündigung der Bundesregierung, so schnell wie möglich zusätzlich zur Ausweitung ihrer Einsätze in Mali und Nord-Irak mit bis zu sechs TORNADO-Kampfflugzeugen, einer Kriegsfregatte, Tankflugzeugen und dem Satellitenspionagesystem SAR Lupe aktiv in den „War on Terror“ einzugreifen - alarmiert uns.

### **Krieg ist das falsche Mittel!**

Denn

Erstens: die Geschichte des „War on Terror“ lehrt uns, dass Krieg, wie er in Afghanistan, Pakistan, Irak, Somalia, Jemen und Syrien von der NATO und ihren Mitgliedstaaten geführt wurde und wird, nicht zum Niedergang des „Terrors“, sondern zu seiner extensiven Ausbreitung geführt hat. Eine Steigerung des Krieges führt zum Anstieg der Anschlagsgefahr auch hierzulande. Zu betauern sind schon jetzt mehr als eine Million Tote dieses „War on Terror“.

Zweitens: Wer den Beschwichtigungen geglaubt hat, die deutsche Teilnahme am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999 sei ein einmaliger Vorgang gewesen, der sich nicht wiederholen werde, sieht sich eines Schlechteren belehrt, wenn sich die Bundesregierung wieder über das Völkerrecht und damit über das Grundgesetz hinweg setzt. Es liegt kein UN-Mandat vor. Sich auf den „Bündnisfall“ des Militärpakts EU zu berufen, reicht nicht aus als Mandat. Seit wann steht die EU rechtlich über der UNO? Wir sind in hohem Maße besorgt darüber, dass hier offensichtlich ein Präzedenzfall geschaffen werden soll.

Drittens: Der Eindruck, als ob es sich beim deutschen Ansinnen um einen Eintritt in den Anti-Terror-Krieg „light“ handelt, ist falsch. Die TORNADOS dienen der Zielerfassung am Boden. Sie schaffen so die Grundlagen für den Bombenabwurf anderer. Gleiches ermöglicht das hochpräzise Radarsatellitensystem SAR-Lupe, das unabhängig von Licht und Wetter in Echtzeit Objekte bis zu einer Größe von einem halben Meter fokussieren kann. Die angeblich zum Zwecke der Flugabwehr an die Seite des französischen Flugzeugträgers beigestellte deutsche Fregatte, (Verfügt der „Islamische Staat“ neuerdings über eine Luftwaffe?) hat die Funktion, mittels seiner extrem leistungsstarken Radaranlagen Luftlagebilder des gesamten syrischen Luftraums zu erstellen. Die fliegende Airbus-Tankstelle ermöglicht Bombern einen längeren und intensiveren Einsatz. Bereits angebahnt durch die Ausbildung der Peschmerga und die Waffenlieferungen in den Nord-Irak outet sich Deutschland nun vollends als Kriegspartei. Vom Ende des deutschen

Einsatzes ist nicht die Rede, wohl jedoch von seiner Ausweitung.

### **Was ist zu tun?**

Der Warenaustausch mit dem „Islamischen Staat“ ist zu unterbinden. Das betrifft nicht nur den Handel von Öl und Gas, sondern auch den schwunghaften Warenverkehr unter anderem mit Lebensmitteln und Bauteilen für Waffen, wie er mit der Türkei erfolgt. Geldflüsse in das Gebiet, das vom IS kontrolliert wird, haben ebenso zu unterbleiben, wie der Bewegungen von Kämpfern über die Anrainerstaaten. Deutsche Waffenlieferungen in den Nahen und Mittleren Osten sind zu stoppen. Für den Konflikt in Syrien und den Irak kann es nur eine politische Lösung geben, die alle am Konflikt Beteiligten zusammenführt. Die für den kostspieligen Krieg bereitgestellten Beträge wären besser investiert in die Versorgung von Flüchtenden.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag ruft die Friedensbewegung auf, in vielfältigen Formen gegen den Eintritt der Bundesrepublik in den „War on Terror“ zu protestieren.

**Krieg beginnt hier, stoppen wir ihn hier!**

**Hoch die Internationale Solidarität!**